



Stadtteilzeitung für Tempelhof-Schöneberg

Tempelhof-Schöneberg steht zusammen!

Jörn Oltmann • Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg

„Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder *wegen seiner sexuellen Orientierung und seiner geschlechtlichen Identität* benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Die Forderung, Artikel 3 (3) GG zu ergänzen, muss endlich erfüllt werden. Nach vielen ereignisreichen Tagen im Pride Month darf im Alltag nicht untergehen, wie berechtigt diese Forderung ist. Geschlechtliche Vielfalt macht uns alle reicher und resilienter. Unterschiedliche Lebensperspektiven schaffen verschiedene Blickwinkel, und viele Menschen sind zunehmend bereit, andere Lebenswirklichkeiten kennenzulernen und zu verstehen, dass sie Schutz verdienen – im Grundgesetz und im Alltag. Das ist unser Anspruch.

Sensibilisierung und Sichtbarmachung sind wichtige erste Schritte. Mit Fahnenhissungen ist Tempelhof-Schöneberg schon immer weit vorn gewesen, um alle wichtigen Tage der queeren Community zu würdigen und den Gedanken weiter zu tragen, dass alle das Recht haben, gesehen zu werden. Es soll nicht übersehen werden, wo die demokratischen Parteien und ihre Institutionen stehen. Dank meiner Kollegin Stadträtin Saskia Ellenbeck stehen nun an vielen Stellen im Bezirk Regenbogenbänke. Parkscheinautomaten tragen sichtbar die Pride Flag und dank der Wirtschaftsförderung wehen sie nun auch an 19 Straßenmasten im Schöneberger Norden.

Während andere der queeren Community in den Rücken fallen, haben wir mit dem erstmals verliehenen „Preis für queere Vielfalt“ am 3. Juli für Rückenwind gesorgt. Mit Manuela Kay haben wir eine der profiliertesten Persönlichkeiten der queeren und feministischen Medienlandschaft Deutschlands ausgezeichnet. Sie setzt sich seit fast vier Jahrzehnten u. a. als Journalistin, Verlegerin und Filmemacherin für lesbische Sichtbarkeit, Diversität und intersektionale Gerechtigkeit ein. Der Preis war eine Idee aus der Mitte der Bezirksverordnetenversammlung.

Tempelhof-Schöneberg wird bunter und ich bin als Bezirksbürgermeister stolz darauf, dass wir trotz aller Unterschiedlichkeiten in unserem Bezirk zusammenstehen, wenn queere Menschen Hass und Gewalt erleiden. Jeder queerfeindliche Vorfall ist einer zu viel. Leider zeigt der neue Manéo-Bericht für 2024 einen weiteren Anstieg, leider die meisten davon in Schöneberg. Das ist nicht hinnehmbar. Alle Menschen verdienen Gleichheit, Gerechtigkeit und eine unantastbare Würde. Hier stehen wir zusammen und fordern ein Weiterdenken: Der Schutz der individuellen sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität gehört ins Grundgesetz. Lasst uns weiter daran arbeiten.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (M.) mit Sebastian Walter, MdA (links) sowie Ronja Losert und Elias Joswich, BVV-Fraktion.

**„Während andere der queeren
Community in den Rücken fallen,
haben wir mit dem erstmals
verliehenen ‚Preis für queere Vielfalt‘
am 3. Juli für Rückenwind gesorgt.“**

Grüne Erfolge im Mobilitätsbereich

Saskia Ellenbeck • Bezirksstadträtin für Grünflächen und Mobilität



© Robert Günther

Machen ist wie wollen, nur krasser. Mit dieser Devise haben wir im Bezirk die engen Möglichkeiten in maximale Umsetzung gebracht. Wir wollen, dass jede*r – egal, mit welchem Verkehrsmittel – stressfrei, sicher und gesund von A nach B kommt. Und wir wollen Straßen, die viel mehr sind als nur reine Verkehrsräume.

„Wir wollen, dass jede*r – egal, mit welchem Verkehrsmittel – stressfrei, sicher und gesund von A nach B kommt. Und wir wollen Straßen, die viel mehr sind als nur reine Verkehrsräume.“

Um diese Ziele in Tempelhof-Schöneberg zu erreichen, haben wir in den letzten vier Jahren den Turbo eingelegt. Dazu gehört die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Tempelhof-Schöneberg innerhalb des gesamten S-Bahn-rings und rund um den Tempelhofer Damm. Dazu gehören die geschützten Radwege auf den wichtigen Magistralen Tempelhofer Damm, Mariendorfer Damm, Boelckestraße, Hauptstraße und Grunewaldstraße. Für Fußgänger*innen haben wir mehr als 200 Sitzbänke neu aufgestellt, einige davon in Regenbogenfarben. Denn Bänke sind gerade für ältere Menschen wichtig, die ihre Wege zu Fuß häufig dann gut bestreiten können, wenn es die Möglichkeit von Ruhepausen gibt. Viele Bänke haben deswegen auch Seitenlehnen bekommen, damit das Hinsetzen und Aufstehen auch für mobilitätseingeschränkte Personen einfacher wird.

Wir haben eine Fahrradstraße in Friedenau umgesetzt, weitere zwei in Schöneberg werden derzeit gebaut. Und wir haben die großen Umbauprojekte mit Flaniercharakter in Lichtenrade und am Südkreuz in der Ella-Barowsky-Straße gestartet. Auch die Schulwegsicherheit haben wir in den Fokus gerückt: mit vielen Dialogdisplays zur Sensibilisierung der Autofahrenden, Aufpflasterungen zur Verkehrsberuhigung, sicheren Kreuzungen und da - wo es möglich war - mit Tempo 30. Auch die Barrierefreiheit spielt eine wichtige Rolle: Wir wenden die neuen Ausführungsvorschriften konsequent beim Neubau an, so dass beispielsweise die beiden Zebrastreifen in der Boelckestraße komplett barrierefrei gebaut werden konnten.



Mit dem Modellvorhaben Barbarossaplatz für den Fußverkehr zeigen wir, wie klimaresiliente Stadtgestaltung funktionieren kann. Und wir nehmen uns des Themas der Entsiegelung von ehemaligen Hitzeinseln an, wie an der Bülowstraße und an der Vorbergstraße. Dem Klima dient auch das Anlegen von neuen und vergrößerten Baumscheiben im gesamten Bezirk. Zu gesunden Straßen gehören heutzutage viele und gesunde Bäume – auf deren Erhalt setzen wir unsere Priorität und pflanzen so viel wir können nach. Mit dem schönen Erfolg, dass wir im Schnitt alle 11 Meter einen Straßenbaum haben und die Anzahl insgesamt in den letzten drei Jahren erhalten werden konnte – entgegen den landesweiten Trends. Das kostet viel Kraft und auch eine klare Haltung – ich bin dankbar und glücklich, in einer Partei zu sein, die beides hat und immer wieder zeigt.

An der Grunewaldstraße gibt es weniger Lärm und bessere Querungen, aber sie sind nicht barrierefrei.

Sechs Monate Bundestag

Für Tempelhof-Schöneberg und für einen handlungsfähigen Staat

Moritz Heuberger, für Tempelhof-Schöneberg im Bundestag • Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Seit einem halben Jahr vertrete ich Tempelhof-Schöneberg als direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Vieles war und ist neu und aufregend. Aber eines war von Anfang an klar: Ich will nicht nur Politik für die Menschen im Bezirk machen, sondern mit ihnen zusammen.

Deshalb bin ich unermüdlich vor Ort unterwegs – an Infoständen, von Haustür zu Haustür, in Kitas, Schulen, Betrieben und Vereinen. Ich höre zu, setze mich für konkrete Verbesserungen ein und bin immer ansprechbar. Termine wie Sprechstunden oder Kneipenabende werden auf meiner Homepage immer aktuell angekündigt. Wer ein Anliegen hat, kann mir jederzeit eine Mail schreiben.

Neue Rolle – klare Haltung

Oppositionsarbeit erfordert Ausdauer und eine klare Haltung. In der bündnisgrünen Bundestagsfraktion bin ich für Staatsmodernisierung zuständig: für eine einfache, bürgernahe Verwaltung und einen handlungsfähigen Staat, der Vertrauen zurückgewinnt. Deshalb bin ich Mitglied im Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung und im Finanzausschuss. Dort arbeite ich an einer gerechten Steuerpolitik, die Vermögende stärker in die Pflicht nimmt und Finanzkriminalität wirksam verfolgt.

„Vor allem bleibe ich im Bezirk präsent und ansprechbar. Nur wer nah dran ist, kann gute Politik machen. Politik soll nicht nur erklären, was nicht geht, sondern zeigen, was möglich ist und wie wir gemeinsam etwas verändern können.“



© Grüne Bundestagsfraktion / Stefan Kaminski

100 Tage Regierung Merz – falsche Prioritäten

Seit Mai regiert Bundeskanzler Friedrich Merz mit seiner schwarz-roten Koalition. Die neue Bundesregierung hat viele Ankündigungen gemacht, aber wenig geliefert und vor allem: falsche Prioritäten gesetzt. Die Stromsteuer wird für Unternehmen gesenkt, aber nicht für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Statt konsequenter Klimapolitik werden neue Gaskraftwerke geplant. Es gibt wieder Abschiebungen in Kriegsgebiete und rechtswidrige Zurückweisungen an den Grenzen. Auch der Druck auf die israelische Regierung, das Leiden in Gaza endlich zu beenden, muss erhöht werden. Hier beschränkt sich die Regierung auf Symbolpolitik. Das ist verantwortungslos und unmenschlich.





Auch beim Haushalt setzt die Regierung aufs Falsche: Geld aus dem Sondervermögen fließt in kurzfristige Wahlgeschenke wie die Senkung der Gastro-Steuer statt in Schulen, ÖPNV, bezahlbare Wohnungen und Klimaschutz.

Meine Antwort: Präsenz und konkrete Vorschläge

Ich beschränke mich nicht aufs Kritisieren. Ich mache konkrete Vorschläge, z. B. zur Digitalisierung der Verwaltung, zur Umwandlung von Büroflächen in Wohnungen und zum Abbau von Steuerprivilegien für Superreiche.

Vor allem bleibe ich hier im Bezirk präsent und ansprechbar. Nur wer nah dran ist, kann gute Politik machen. Politik soll nicht nur erklären, was nicht geht, sondern zeigen, was möglich ist und wie wir gemeinsam etwas verändern können.

Mehr zu Moritz Heuberger

-  moritzheuberger.de
-  Moritz.Heuberger@Bundestag.de
-  [moritz_heuberger](https://www.instagram.com/moritz_heuberger)
-  [moritz_heuberger](https://twitter.com/moritz_heuberger)





Mehr Mitbestimmung, mehr Chancen

Jugendpolitik vor Ort stärken

Elias Joswich • sozialpolitischer
Sprecher der grünen BVV-Fraktion

Kinder und Jugendliche haben es heute nicht leicht. Viele berichten von zunehmendem Druck in der Schule und durch die Eltern – oft im Zusammenhang mit Zukunftsängsten. Auch die Corona-Jahre mit Online-Unterricht und Co. hängen ihnen noch schwer in den Knochen. Dazu kommt die politische Polarisierung, die praktische Lösungen oft in weite Ferne rücken lässt. Uns allen ist klar: Es muss besser gehen, aber wie?

Für uns steht fest, dass natürlich Bundes- und Landespolitik hier maßgeblich in der Verantwortung stehen. Und es ist klar, dass sie noch einiges an Hausaufgaben nachzuholen haben. Wenn es um praktische Lösungen geht, müssen wir aber auch immer fragen: Was können wir vor Ort bewegen? Welche Möglichkeiten haben wir in Tempelhof-Schöneberg, um Kinder und Jugendliche zu stärken?

Klar: Dabei müssen wir auch über Geld sprechen. Der Bezirk kann über einen Großteil der Mittel im Bereich Kinder- und Jugendpolitik nicht frei verfügen. Denn das meiste Geld fließt in die Hilfen zur Erziehung. Das sind Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch, auf die Familien, Kinder und Jugendliche einen rechtlichen Anspruch haben. Die Hilfen zur Erziehung reichen von sozialer Gruppenarbeit über Psycho- und Familientherapie bis hin zur Vollzeitpflege. Das Ziel der Hilfen zur Erziehung ist es, vor allem Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Diese Leistungen sind in Gefahr, obwohl die Kinder und Jugendlichen einen Anspruch auf Jugendhilfe haben. Denn Friedrich Merz hat angedeutet, sie zukünftig deutlich einzuschränken. Schon heute erhalten die Bezirke nicht mehr ausreichend Geld vom Land Berlin für die Jugendhilfe – trotz des Rechtsanspruches.

Ein zweiter wichtiger Bestandteil unserer bezirklichen Kinder- und Jugendpolitik ist die Jugend- und Familienförderung – hierunter fallen die Jugendarbeit und die demokratische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Um für diesen Bereich klare Regeln, Ziele und Mitbestimmungsrechte festzulegen, hat die damalige rot-rot-grüne Landesregierung das Jugendfördergesetz beschlossen. Auf dieser Basis hat Tempelhof-Schöneberg vor kurzem seinen zweiten Jugendförderplan vorgelegt. Der Plan gilt von 2026 bis 2029. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen aus Tempelhof-Schöneberg wurden konkrete Maßnahmen und Ziele vereinbart.

Als Partei setzen wir uns für die Umsetzung des Förderplans ein, setzen aber noch weitere Schwerpunkte im Bezirk: Kinder und Jugendliche müssen verbindlich mitbestimmen können. Aktuell werden Kinder und Jugendliche zwar oft angehört und beklatscht, wenn sie sich engagieren – die Entscheidungen treffen aber am Ende des Tages meist die Erwachsenen allein. Für uns Bündnisgrüne steht auch fest, dass gute Bildung ein zentrales Thema in der Kinder- und Jugendpolitik ist. Und dazu gehören auch Gebäude, in denen man vernünftig lernen kann. Der Bezirk ist für die Schulgebäude zuständig und die sind teilweise in sehr schlechtem Zustand. Außerdem kämpfen wir für gute und faire Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Menschen in der Kinder- und Jugendarbeit leisten jeden Tag Unglaubliches und das funktioniert nur, wenn sie von ihrem Job gut leben können und faire Arbeitsbedingungen gesichert sind. Dafür tragen wir in der Bezirkspolitik eine Mitverantwortung. Und nicht zuletzt drängt auch in Tempelhof-Schöneberg das Thema Kinderarmut.

Als Bezirk können und müssen wir hier sicherstellen, dass alle Unterstützungsleistungen ankommen.



Kein Kind darf zurückgelassen werden

Martina Zander-Rade, schulpolitische
Sprecherin in der BVV-Fraktion • Bündnis
90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Die schulische Inklusion in Berlin steht vor dem Kollaps. Besonders sichtbar wird das an Schüler*innen im Autismusspektrum und mit Down-Syndrom. Obwohl laut Sonderpädagogikverordnung in Autismuskleinklassen 35 Stunden Unterricht pro Woche vorgesehen sind, findet

dieser Unterricht in vielen Fällen nicht statt. Kinder erhalten bestenfalls wenige Stunden am Tag oder erst gar keinen Platz. In Tempelhof-Schöneberg wurde Eltern sogar geraten, ihre Kinder von der Schulpflicht befreien zu lassen. So verschwinden sie aus der Statistik.

Die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs führt nicht automatisch zu der nötigen Unterstützung. Oft scheitert die Umsetzung an langwierigen

Verfahren und fehlenden Gutachten. Schulen bekommen erst dann zusätzliche Mittel, wenn ein offizieller Bescheid vorliegt. Gleichzeitig sind spezialisierte Schulen überlastet und Wartelisten oft geschlossen.

Ein schwerwiegender Fall betrifft einen Schüler mit Down-Syndrom. Er besuchte sechs Jahre lang eine Grundschule in Tempelhof-Schöneberg. Anschließend wurde er auf einer weiterführenden Schule in einem Nachbarbezirk aufgenommen. Dort hat er sich gut eingelebt, ist sozial integriert und wird fachlich gefördert. Nun soll er die zehnte Klasse wiederholen, um pandemiebedingte Rückstände aufzuholen. Die Schule unterstützt das, ebenso die Eltern. Doch lehnte die Senatsverwaltung mit Verweis auf die Regelung, dass Schüler*innen mit dem Förderstatus „Geistige Entwicklung“ nicht wiederholen dürfen, ab. Nur durch unseren massiven Einsatz und den Druck, den wir gemeinsam mit den Eltern ausgeübt haben, ist es gelungen, dass er die Klasse doch wiederholen darf. In dem Schreiben der Senatsverwaltung steht allerdings ausdrücklich, dass dies eine Ausnahme bleibt. Wir meinen, dass diese Regelung klar gegen die UN-BE-

„Inklusion gelingt nur mit Einsatz, Mut und echter Verantwortung.“

hindertenrechtskonvention verstößt. Diese und andere Fälle sind keine Einzelfälle. Sie sind hochaktuell und beschäftigen uns Grüne im Bezirk direkt im Schulausschuss und in der Sprechstunde der Fraktion. Wir begleiten die Familien persönlich und setzen uns mit aller Kraft für Lösungen ein. Denn jedes Kind, das heute nicht gefördert wird, verliert nicht nur Bildungschancen. Auch unsere Gesellschaft verliert und es entstehen langfristig hohe Folgekosten.

Wir Grüne machen es anders. Wir stehen für eine inklusive, gerechte und zukunftsorientierte Schulpolitik. Für uns ist klar: Inklusion gelingt nur mit Einsatz, Mut und echter Verantwortung. Genau dafür machen wir Politik. Damit jedes Kind individuell nach seinen Bedürfnissen und Begabungen gefördert wird.

Leerstand beenden, Wohnraum schaffen

Bertram von Boxberg, mietenpolitischer Sprecher der BVV-Fraktion • Bündnis 90/ Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Wer in Berlin in den letzten Jahren eine Bleibe suchte, hat den Wohnungsmangel in der Stadt ganz unmittelbar erlebt. Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist fast wie



© Antonia Meißner

ein Sechser im Lotto! Vor diesem Hintergrund ist es ein Skandal, was der Zensus 2022 ans Licht gebracht hat: 40.500 Wohnungen stehen in Berlin leer.

Zweckentfremdungsverbotsgesetz: Ein Mittel gegen Leerstand

Das dürfte eigentlich gar nicht sein. Seit 2014 verbietet ein Gesetz mit dem sperrigen Namen Zweckentfremdungsverbotsgesetz (ZwVbG) den Leerstand von Wohnraum. Wohnungen leerstehen zu lassen, stellt demnach eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 € geahndet werden. Die Durchführung dieses Gesetzes liegt in den Händen der Bezirke. Tempelhof-Schöneberg ist hier äußerst erfolgreich: 6.297 Wohnungen konnten seit 2014 dem Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung gestellt werden, berlinweit sind es 31.157 Wohnungen.

Gesetz mit Schlupflöchern: Legal leerstehender Wohnraum

Doch wie viele Gesetze hat auch dieses Gesetz ein Schlupfloch. So können Hauseigentümer*innen sich den Leerstand vom Bezirk genehmigen lassen, wenn Sanierungen geplant sind. Häuser, die abgerissen werden sollen, dürfen ganz legal leer stehen - auf unbegrenzte Zeit. So stehen etwa zwei Häuser in der Potsdamer Straße - Ecke Goebenstraße seit geraumer Zeit leer. Ein Bauvorhaben einschließlich Abriss eines der Häuser wurde großspurig angekündigt, aber bis heute nicht einmal beantragt. Der Bezirk hält den Leerstand für unvermeidbar und genehmigt ihn. Über ein Dutzend Wohnungen stehen dort leer.



Das „Geisterhaus“ in Friedenau: 21 Jahre Leerstand

Ganz und gar nicht legal ist der seit 21 Jahren bestehende Leerstand des sogenannten Geisterhauses in Friedenau. Der Bezirk hat die Eigentümerin bisher mit Bußgeldern in einem fünfstelligen Bereich belegt. Sie zahlt diese Bußgelder – der Bezirk beißt sich die Zähne aus. Hier wird der Eigentumsbegriff pervertiert und es ist eigentlich unverständlich, warum es vor dem Hintergrund dieses Eigentums-Missbrauches keine Möglichkeit der Enteignung gibt. Ein vom SPD-Senator vollmundig angekündigtes Treuhändermodell, mit dessen Hilfe der Bezirk eine Instandsetzung des „Geisterhauses“ beauftragen könnte, ist bis jetzt nicht zur Anwendung gekommen –

es könnte nämlich passieren, dass der Bezirk am Ende auf den Kosten sitzen bleibt – und das wären 2 bis 3 Millionen €.

Grüne Initiative für Bürger*innenversammlung

Um die Sache zu beschleunigen, hat die Grüne Fraktion von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschließen lassen, dass es im Herbst zu dem Geisterhaus eine Bürger*innenversammlung geben wird. Eine Möglichkeit, ganz allgemein auch über den Leerstand von Wohnraum in Berlin zu reden und was dagegen politisch getan werden kann und sollte. Es sollte darüber nachgedacht werden, wie die Maßnahmen gegen Leerstand geschärft werden können. In besonders krassen Fällen sollte die Möglichkeit einer Vergesellschaftung solcher Häuser möglich gemacht werden.

Der Regenbogenkiez braucht uns!

Sebastian Walter, für Schöneberg Nord im Abgeordnetenhaus • Bündnis 90/ Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Der Christopher Street Day 2025 war so politisch wie schon lange nicht mehr. Und das nicht ohne Grund: Denn queere Menschen und ihre Rechte geraten nach Jahren des gesellschaftlichen Fortschritts gerade wieder unter Druck. Die Angriffe auf LSBTIQ* und queere Einrichtungen nehmen massiv zu. Gleichzeitig streicht der Berliner Senat die Mittel für die Präventions- und Bildungsarbeit an den Berliner Schulen. CSDs und Pride-Demonstrationen werden deutschlandweit von Neonazis attackiert oder müssen aus Sicherheitsgründen abgesagt werden. Queere Sichtbarkeit wird durch die Bundestagspräsidentin nunmehr offen in Frage gestellt – durch das Verbot von Regenbogenfahnen auf und im Bundestag.

Wir stemmen uns entschieden gegen diese Rückschritte! Beim CSD sind mit uns Hunderttausende auf die Berliner Straßen gegangen. Für uns ist dabei völlig klar: Der CSD ist mehr als nur ein Fest und eine Demonstration für queere Vielfalt – er ist auch ein politischer Auftrag. Wir erwarten daher vom Berliner Senat, dass er Queerfeindlichkeit endlich entschieden bekämpft. Hier gibt es kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem: Antigewaltarbeit und Präventionsprojekte dürfen nicht gestrichen, sondern müssen ausgebaut werden. Es braucht funktionierende Antidiskriminierungsstrukturen – gerade an Schulen. Und queere Schutz- und Beratungsstellen, vor allem für Jugendliche, müssen berlinweit vorhanden sein. Wir werden weiter entschlossen gegen jede Form von Queerfeindlichkeit eintreten – und für queere

Sichtbarkeit in unserer Stadt kämpfen.

Der Regenbogenkiez in Schöneberg ist einer der wichtigsten Orte der queeren Community und strahlt weit über Berlin hinaus. Daher ist es mir ein besonderes politisches Anliegen, den Kiez zu unterstützen und strukturell für die Zukunft zu stärken. Dabei bin ich bei meinen regelmäßigen Wirtschaftstouren und Kiezgesprächen mit allen Menschen im Kiez im Austausch – mit seinen Gewerbetreibenden, Nachbar*innen und Gästen.

Der Regenbogenkiez darf kein Ort für Queerfeindlichkeit sein! Umso wichtiger war das Zeichen, als sich im Juni mehrere hundert Menschen zu einem solidarischen Protest vor dem Romeo & Romeo eingefunden hatten, nachdem dessen Inhaber auf offener Straße gewaltvoll attackiert wurde. Aber auch steigende Mieten, Spekulation und Verdrängung bedrohen die soziale und wirt-



Sebastian Walter bei der Solidaritätsdemo vor dem Romeo & Romeo

schaftliche Struktur des Kiezes. Das Ende des Cafés Berio nach 73 Jahren ist ein bitteres Zeugnis davon. Alle Rettungsversuche von Politik und Nachbarschaft scheiterten am Ende. Und das skandalöse Ergebnis ist: Leerstand

bis heute! Hier braucht es endlich eine Regulierung des Gewerbemietrechts, für die ich mich ebenfalls einsetze. Denn der Regenbogenkiez muss weiterhin ein Ort für Vielfalt, Zusammenhalt und queere Sichtbarkeit bleiben!

Gesundheit gerecht gestalten – vor Ort in Tempelhof-Schöneberg

Gesundheit ist mehr als ein Arzttermin

Cedrik Schamberger • Kreisvorsitzender, Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Sie beginnt im Alltag, mit früher Unterstützung, wohnortnaher Versorgung, bezahlbarem Wohnraum, stabilen sozialen Beziehungen und guten Lebensbedingungen. In Tempelhof-Schöneberg zeigt sich, wie eng Gesundheitschancen mit sozialer Lage und Lebensumfeld verknüpft sind. In benachteiligten Quartieren ist die Hausärzt*innendichte trotz vieler Praxen deutlich geringer. Das führt zu längeren Wartezeiten und schlechterem Zugang. Wer gesundheitliche Teilhabe ermöglichen will, muss lokal investieren, in gut erreichbare Angebote, verlässliche Strukturen und eine sozial gerechte Gesundheitsinfrastruktur. Wir Bündnisgrüne wollen diese Strukturen stärken – mit Gesundheitskiosken, verbindlicher Prävention und besser vernetzten medizinischen, sozialen und psychosozialen Angeboten. Gesundheit soll da ansetzen, wo die Menschen leben.

Alltagstaugliche Versorgung vor der Haustür

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung am Standort Wenckebach. Der angekündigte Pflegecampus wurde von Schwarz-Rot still beerdigt, ohne Ersatz, ohne Perspektive. Dabei braucht es genau solche Orte: ein Stadtteilzentrum für die gesundheitliche Versorgung, das Ambulanz, Beratung und Prävention unter einem Dach zusammenführt, gemeinsam mit Trägern, Nachbarschaftsinitiativen und medizinischer Grundversorgung. Auch die gemeindepsychiatrische Versorgung muss durch barrierearme Anlaufstellen, verbindliche Hilfepläne und verlässliche Kooperationen gestärkt werden. Projekte wie ‚Irre gut wohnen für ALLE!‘ zeigen, wie sozialraumorientierte Versorgung funktioniert. Das Netzwerk bringt psychosoziale Träger, Verwaltung und Wohnungswirtschaft zusammen, vermittelt Wohnraum an Menschen mit psychischen oder Suchterkrankungen oder geistiger Behinderung, verbunden mit Beratung, Wohnraumsicherung und Stabilisierung. Wir Bündnisgrüne wollen das Wenckebach-Areal

„Wer gesundheitliche Teilhabe ermöglichen will, muss lokal investieren, in gut erreichbare Angebote, verlässliche Strukturen und eine sozial gerechte Gesundheitsinfrastruktur.“

sichern. Als Ort für moderne Pflege, Prävention und gemeinwesenorientierte Versorgung.

Vorsorge von Anfang an

Frühe, niedrigschwellige Prävention ist dabei zentral. Angebote wie Babylots*innen leisten wertvolle Arbeit, reichen aber nicht aus. Wir brauchen flächendeckende Ersthausbesuche durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, mehr Familienhebammen und qualifizierte Still- und Ernährungsberatung. Gesundheitsförderung muss kontinuierlich und multiprofessionell dort stattfinden, wo Familien leben. Auch der öffentliche Gesundheitsdienst braucht mehr als Pilotprojekte. Es fehlt an Personal, an digitalen Schnittstellen und an funktionierenden Kooperationen mit Kitas, Schulen und sozialen Trägern. Gerade Themen wie Bewegung, psychische Gesundheit und Ernährung lassen sich nur ressortübergreifend und gemeinsam mit dem Sozialraum bearbeiten. Gesundheit endet nicht an der Praxistür. Sie braucht Struktur, Haltung und verbindliche Verantwortung.



Präventionsprogramme wie die Babylots*innen leisten wertvolle Arbeit und müssen weiter gestärkt werden.

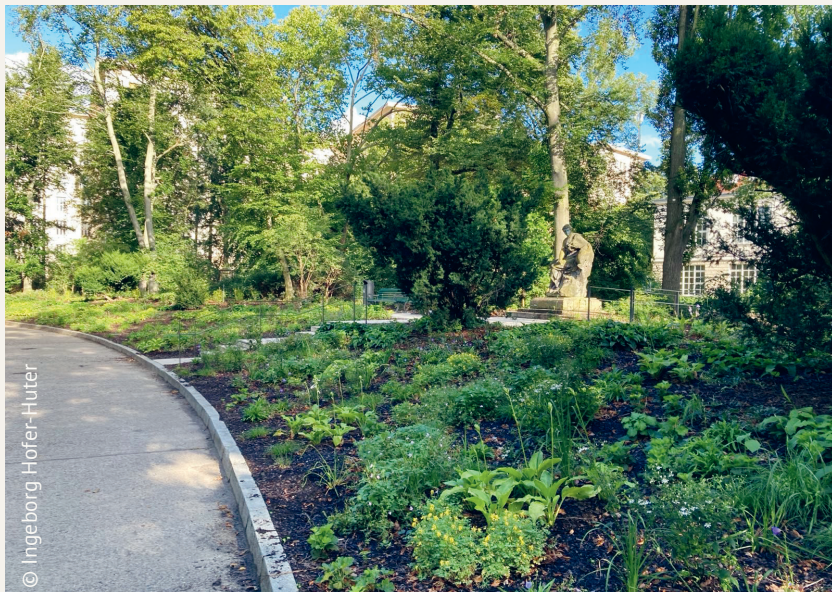
Klimaschutz und Erholung

Unsere Grünflächen sind für beides wichtig!

Ingeborg Hofer-Huter, Sprecherin für Grünflächen in der BVV-Fraktion • Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Grünflächen sind unsere grüne Lunge, Rückzugsorte und Schatzkammern der Artenvielfalt. In den letzten Jahren haben wir viel bewegt. Der Kleistpark in Schönberg, der Park am Perelsplatz mit seinem schönen Sintflutbrunnen in Friedenau, der Franckepark in Tempelhof, der Volkspark in Mariendorf, die Grünfläche und der Dorfteich in Lichtenrade, sie alle wurden saniert und erstrahlen in neuem Glanz. Weitere Parksanierungen sind in der Planung oder Umsetzung. Plätze wurden grüner und bunter, wie der Grazer Platz und der Bayerische Platz. Als nächstes wird der Barbarossaplatz umgestaltet, der von einer Verkehrsinsel zu einem grünen Erholungsbereich mitten im Kiez werden wird. Mit begrenzten Mitteln wurde viel erreicht.

Wie notwendig der Erhalt und die Pflege unseres öffentlichen Grüns sind, erleben wir vor allem an heißen Sommertagen. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass das Tempelhofer Feld unbebaut bleibt. Ohne



Der Heinrich-von-Kleist-Park ist nun fit für das nächste Jahrhundert.



Verkehrsstadträtin Saskia Ellenbeck bei der Eröffnung des Sintflutbrunnen am Perelsplatz im Oktober 2024.

das Feld hat unser Bezirk nur rund 3% Vegetationsfläche und liegt damit ganz weit unten im Berliner Ranking! Deshalb müssen auch die ehemaligen Friedhofsflächen als Grünflächen erhalten und für die Erholung nutzbar bleiben. Wir haben dafür gesorgt, dass der Parkfriedhof in Tempelhof nicht mit einer Sportanlage bebaut wird. Kleingärten, Grün an Straßen und kleinen Plätzen, Spielplätze, Bäume in möglichst vielen Straßen, sie alle helfen mit, die Artenvielfalt zu erhalten und mit Verdunstung, Luftfilterung und Schatten ein gesundes, erholsames Umfeld für uns alle zu schaffen.

Damit das so bleibt, bedarf es einer ausreichenden Finanzierung und Ausstattung des Grünflächenamtes – und einer grünen Stadträtin.

HERAUSGEBER:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Tempelhof-Schöneberg

Jetzt auf Social Media folgen!

Instagram: [gruene_ts](#)
Twitter: [gruenets](#)
Facebook: [GrueneTempelhofSchoeneberg](#)
WhatsApp: [GrueneTS](#)

🏠 Kolonnenstraße 53 10829 Berlin
✉ kiezbuero@gruene-ts.de
☎ 030 915 200 86
💻 gruene-ts.de

Gestaltung: Isabel Adler | Texte: Saskia Ellenbeck, Ingeborg Hofer-Huter, Moritz Heuberger, Elias Joswich, Jörn Oltmann, Cedrik Schamberger, Sebastian Walter, Bertram von Boxberg, Martina Zander-Rade | Stand: August 2025
Druckerei: Umweltdruckerei.de
Auflage: 2.000

V.i.S.d.P.: Claudia Löber und Cedrik Schamberger, Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstr. 53, 10829 Berlin

